

## Berner Politik

# 1,3 Milliarden für die Diskriminierung

**Magdalena Martullo\***  
über die Kohäsions-  
milliarde, welche  
angeblich gute  
Beziehungen bringt.



**A**ls 2004 zehn mittel- und osteuropäische Staaten der EU beitraten und später Bulgarien, Rumänien und Kroatien folgten, erklärte die Schweiz sich bereit, diese Staaten «freiwillig und autonom» mit Geldern zu unterstützen. Schliesslich seien die Staaten wirtschaftlich unterentwickelt. Die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied müsste zwar nicht bezahlen und bekäme auch keine Gegenleistungen dafür. Aber die Zahlung von einer Milliarde Franken sorge für gute bilaterale Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Die Schweiz bezahlte eine Milliarde Franken – insgesamt gingen damit bereits sieben Milliarden Franken an die Oststaaten.

Schon damals wurde bemängelt, dass die Gelder ineffizient eingesetzt oder in den Bürokratieapparaten versickern würden. 65 Millionen Franken versickern allein beim Bund. Er braucht nämlich 45 neue Stellen, um alle diese Projekte zu planen und zu beaufsichtigen!

Was für Projekte unterstützt die Schweiz denn? Hier ein paar Beispiele: Ein Tourismusprojekt in den polnischen Karpaten für 4,8 Millionen Franken (wann hat ein Projekt in Graubünden einmal so viel bekommen?), die Überwachung geschützter Tierarten für 1 Million Franken, die Aufarbeitung der Geschichte der Eisenhütten in der Slowakei für 1,2 Millionen Franken. In Tschechien werden betrunkene Autofahrer in einem Programm nachbetreut, und an einem «wenig frequentierten Grenzübergang» wird der Grenzschutz ausgebaut...

Wie stehen die Länder denn heute wirtschaftlich da? Sehr gut, viele haben sogar ein höheres Wirtschaftswachstum und eine geringere Arbeitslosigkeit als die Schweiz! Länder wie Tschechien, Slowakei, Ungarn oder Polen sind zudem beliebte Länder für Schweizer Firmen geworden, welche Arbeitsplätze aus der Schweiz verlagern wollen. Die Schweiz unterstützt mit der Kohäsionsmilliarde also Länder, welche direkt Arbeitsplätze abziehen.

Und was haben alle diese Zahlungen den guten Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz gebracht? Sind sie wie versprochen besser geworden? Im Gegenteil! Die EU brach einseitig bilaterale Verträge mit der Schweiz: Die Schweiz wurde im Forschungsprogramm

zurückgestuft, Produktezulassungen wurden nicht mehr aktualisiert, die Schweizer Börse nur noch provisorisch anerkannt ... und jetzt will man uns um jeden Preis ein Rahmenabkommen mit der Übernahme von fremdem Recht und fremden Richtern aufzwingen. Trotz all dieser Umstände hat der Bundesrat im Herbst 2018 entschieden, dem Parlament eine weitere Tranche von einer Milliarde Franken für die Oststaaten zur Bewilligung zu beantragen. Dieses Mal will er aber noch zusätzlich 300 Millionen Franken für Asylmassnahmen drauflegen. Eigentlich müssten Ausgaben von «besonderer Tragweite» dem Volk zur Abstimmung offenstehen. Leider forderte die SVP dies bisher erfolglos in Bern.

Mit der Wahlfreiheit könnte es aber sowieso bald vorbei sein. Auch für den Bundesrat und das Parlament. Sollte die Schweiz trotz allem das vorliegende Rahmenabkommen mit der EU unterschreiben, ist es nämlich mit der Freiwilligkeit vorbei. Die Schweiz ist dann verpflichtet, die Kohäsionsbeiträge immer und automatisch zu leisten. Genauso wie sie verpflichtet wird, bei allen anderen heutigen und zukünftigen EU-Programmen mitzumachen und mitzubezahlen.

\* Magdalena Martullo ist Bündner SVP-Nationalrätin.